

# VORSTUFEN

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Mitterands Experimente  
Seite 4 und 5

ÖTV-Tarifunde  
Seite 8

Bergarbeiterstreik  
Seite 6

Nr. 72 — Oktober/November 1984  
80 Pfg. — Solidaritätspreis 1,20 DM

60.000 Lehrstellen fehlen

# Ausbildung und Arbeit für Alle!

Nach offiziellen Angaben haben allein dieses Jahr 58.000 Jugendliche keine Lehrstelle gefunden. Der DGB geht von z.Z. 100.000 Lehrstellensuchenden aus. Das ist Kohls Lehrstellengarantie. Seine Vorstellungen von humaner Arbeit: das Jugendarbeitschutzgesetz soll so geändert werden, daß Jugendliche

- 9 Stunden pro Tag
  - 44 Stunden pro Woche
  - sonnabends
  - ab 4 Uhr morgens
  - bis 23 Uhr abends
- arbeiten dürfen, ganz wie der Arbeitgeber es will.

„Wir müssen alle den Gürtel etwas enger schnallen und die Unternehmer wieder Gewinne machen lassen, dann kehren die goldenen Zeiten wieder zurück“, sagen Kohl und Kapital. Opel macht's, verdoppelt seine Gewinne und — kündigt die Ver-nichtung von 13.000 Arbeitsplätzen an.

haben? 1983 waren es allein 300 Milliarden DM! Nur ein Drittel wurde wieder in die Wirtschaft gesteckt; der Rest ging in Gold- und Bodenspekulationen oder wurde einfach in den USA auf die Bank gelegt. Das bringt die größten Profite — und Profite sind in diesem System eben wichtiger als Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Daher müssen SPD und Gewerkschaft mit dem Kapital brechen. Die Wirtschaft muß sozialisiert und demokratisch geplant werden.

Wir fordern:  
ARBEIT UND AUSBILDUNG FÜR ALLE!  
Dieter Affeln, Köln  
Juso-AG Ehrenfeld

Mehr zur Jugendarbeitslosigkeit Seite 3



Murkswirtschaft

# Setzt die Unternehmer frei

Eine Milliarde DM fliegen jeden Monat (!) aus der Bundesrepublik ab — um in Dollars umgetauscht zu werden (laut Statistik Deutsche Bundesbank). Es handelt sich hier nicht etwa um Touristen, die massenhaft die USA heimsuchen. Nein — solche Geldströme können nur von deutschen Kapitalbesitzern, Banken und Unternehmern bewegt werden. Diese Seelen der freien Marktwirtschaft, die eigentlich — besonders in sogenannten Aufschwungzeiten — unternehmen sollten, haben sich mehr auf's Spekulieren verlegt.

Schließlich gibt es in den USA einen Zinssatz von 12%. Warum sollte man also bei einer Rendite von einigen lumpigen Prozenten erst Kapital in die Produktion investieren, wenn Gewinne auch einfacher einzustreichen sind? Politiker und „Wirtschaftsexperten“ haben uns immer erzählt, die Arbeitnehmer müßten sich mit Lohnforderungen zurückhalten, damit die Unternehmen genügend Kapital für Investitionen anhäufen können, um international konkurrenzfähig zu bleiben.

Wer erinnert sich nicht an die Formel Helmut Schmidts: „Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen“? Erstens vernichten die Rationalisierungsinvestitionen von gestern die Arbeitsplätze von heute. Zweitens können die Gewinne von heute auch ganz einfach nur die Zinserträge von morgen sein.

## Zinserträge

Am nötigen Kleingeld für Investitionen fehlt es jedenfalls nicht. Nach einer Untersuchung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft haben viele der notleidenden Großunternehmen riesige Finanzpolster:

Daimler Benz	7,0 Milliarden DM
Siemens	18,0 Milliarden DM
Esso	1,5 Milliarden DM
Hoechst	1,7 Milliarden DM
BASF	1,8 Milliarden DM

Allein mit den 18 Milliarden DM von Siemens könnten in der Elektrobranche rund 190.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Doch die Aktionäre und ihre Manager ziehen es vor, die Gelder gewinnträchtiger anzulegen.

gen. Schließlich sind sie nicht Unternehmer geworden, um Arbeitsplätze zu schaffen oder uns mit (womöglich preiswerten) Waren zu versorgen. Ob sie Autos oder Waschmaschinen oder auch gar nichts produzieren ist gleich — Hauptsache Gewinn und Dividende stimmen. Wohin das Unterlassen der sogenannten Unternehmer führen kann, zeigt das Beispiel der englischen Wirtschaft. Das erste und einst reichste Industrieland der Welt liegt heute weit abgeschlagen hinter den internationalen kapitalistischen Konkurrenten, weil besonders in der Nachkriegszeit kaum investiert und modernisiert wurde. Natürlich sind laut bürgerlicher Propaganda die Arbeiter daran schuld, weil sie durch „zu viele Streiks“ ihren Lebensstandard zu verteidigen versuchten.

## Krise 85/86

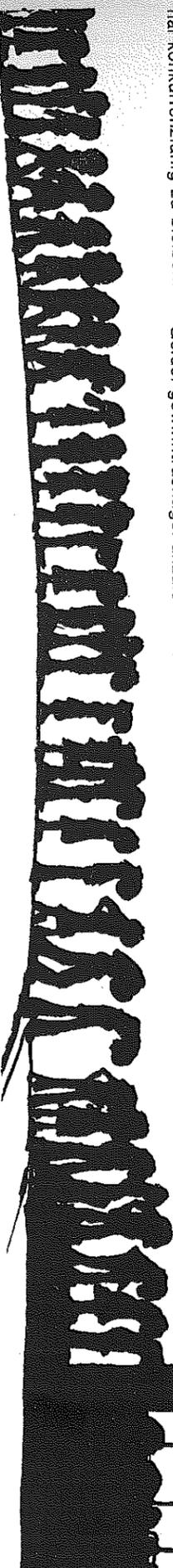
Mit solchen Behauptungen wird man hierzulande auch verstärkt aufwarten, sobald auch hier die Arbeitskämpfe aufgrund der Krise zunehmen. Doch nicht

angeblich faule Arbeiter sind für die Wirtschaftskrisen verantwortlich, sondern die Wirtschaftsordnung der Bosse. Denn diese Krise hat der Kapitalismus schon regelmäßig hervorgerufen, als unsere Großväter und Urgroßväter noch unter elenden Bedingungen und zu Hungerlöhnen 12 bis 16 Stunden täglich schufteten.

Weder die Kapitalisten selbst noch ihre politischen Handlanger in der Bundesregierung können diese, im System wurzelnden Krisen meistern. Im Gegenteil. Schon 1985/86 wird der jetzige Mini-Boom einer weiteren, internationalen Rezession Platz machen. Ein weiterer sprunghafter Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 4 Millionen, Staatsverschuldung, drastische Kürzungen und Verarmung werden folgen. Diesem Alptraum, diesem Rückfall in die 20er Jahre kann nur durch eine sozialistische Umwälzung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein Ende bereitet werden.

Angela Bankert, Remscheid  
Juso-Vorsitzende

# ARBEITSAMT



VORAN zur sozialistischen Demokratie  
Überregionale marxistische Zeitung  
für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft  
Erscheint im zehnten Jahrgang  
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln  
Telefon: 0221/ 13 45 04  
Bankverbindung: Pacha Essen, Konto Nr. 2500 59-430  
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öflinger  
Druck: Farb-Druck, Bischofsweg 48-50, 5000 Köln

Die da oben ...  
Die da unten

## Revolutionäres China?

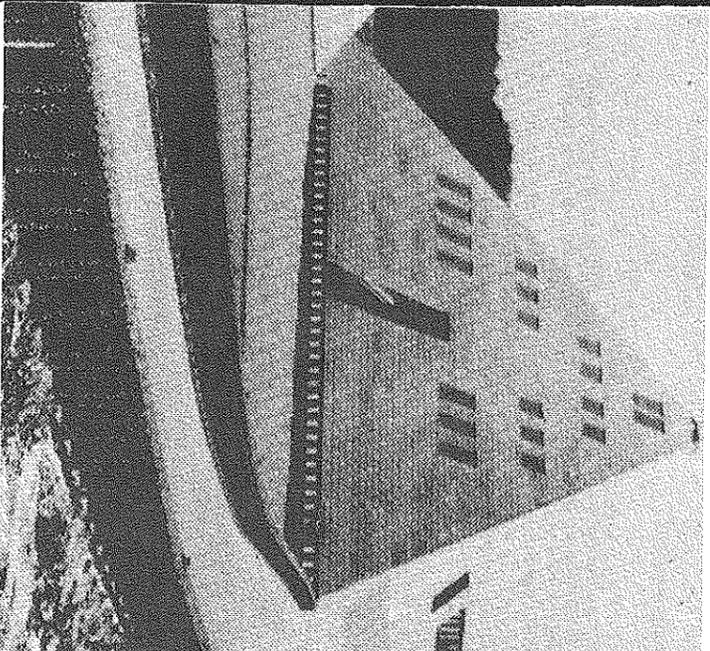
Hongkong, die kapitalistische Bastion vor dem „sozialistischen“ China, soll nach ca. 100 Jahren nun endlich 1987 in chinesische Hände zurückgehen. Die chinesische Bürokratie entschied sich, die Banken, Versicherungen und Industrie Hongkongs nicht zu verstaatlichen, sondern — um des „freien Marktes“ willen — mindestens 50 Jahre nach der Übergabe die kapitalistische Weiterentwicklung dort zu garantieren. Die Bürokratie stützt sich zwar auf eine Veteran- und Privilegienwirtschaft, doch durch dieses Abkommen mit dem „imperialistischen Klassenfeind“ haben die Führer der Bürokratie auch ihr „Vertrauen“ in ihr eigenes korruptes System deutlich ausgedrückt.

## Parlamentarier-Alltag

Ganz ernst nimmt sich das Europaparlament ja wohl selber nicht. Eine Debatte über Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung war den Parlamentarierern ganze 30 Minuten ihrer kostbaren Zeit wert. 18 Entschließungsanträge dazu wurden nach dieser halben Stunde verfasst, damit die Damen und Herren Europa-Parlamentarier in ihr ganzlich unverdientes Wochenende gehen könnten. Wenn kühnert es schon, daß Millionen Menschen auf der ganzen Welt gefoltert und ermordet werden, wenn ein verlängertes Wochenende auf dem Spiel steht. . .

## Auwei, ein Hai!

Einem reichen Mann aus Illinois war es nicht genug, seine Millionen auf dem Konto zu haben. Er baute dem schönen Mammon einen Tempel und setzte sich mitten rein — er lebt in einer Pyramide, verkleidet mit 24-karätigem Gold. Die Lohnsklaven heutzutage zollen ihren Herren allerdings nicht mehr notwendigerweise solchen Respekt, wie ihre Vorfahren im alten Ägypten. So sah er sich dann gezwungen, sein Domizil mit einem Wassergraben zu schützen, und diese Abwehr noch durch darin ausgesetzte Hale zu verstärken! Ob er selbst diesen Graben mit Hilfe eines U-Boots überwindet, ist nicht bekannt. . .



Die Goldpyramide samt Graben

## Tüchtig — und arbeitslos

Er war Lehrling im Karosserie- und Fahrzeugbau, und er machte den besten Abschluß seines Lehrljahres in NRW. Und weil er so gut war, wurde er auch übernommen. Nach einem Jahr war er jedoch mit seinen Freunden wieder vereint — auf dem Arbeitsamt. Tüchtig oder nicht, wenn wir uns nicht wehren, trifft es jeden von uns.

# KAMPFIONDS

## Kampagne brachte 8.000 DM

Das Bonner Sommerloch ist nunmehr vorbei, die Herren und Damen Bundestagsabgeordneter haben sich (mehr oder weniger) wieder versammelt und der „parlamentarische Alltag“ kann wieder losgehen.

Wir wissen nicht, was die Damen und Herren Abgeordneten im Bonner Sommerloch getan haben, aber daß VORAN-Leser und -Mitarbeiter keineswegs untätig waren, zeigt das durchweg ansehnliche Ergebnis unserer Kampagne, vom 1.7. bis zum 1.10.1984 DM 10.000,- zu sammeln. Das war ein kühnes Ziel, und wir haben immerhin DM



Spendenkonto  
VORAN  
Pacha Essen  
2500 59-430

8.133,92 erreicht. Davon wurden kürzlich auf einem Seminar in Köln allein DM 1.100,- gesammelt. Ein herzliches „Danke schön“ an alle Spender. Es spenden u.a.:

Rolf Lubbe, Brilon: 50,-; Hubert Batsch, Langenfeld: 180,-; Olaf Meindl, Remscheid, U.Meyer und Regina Leschinski, Köln, Edgardo Smith, Stuttgart; je 20,-; Norbert Sorgelbeislos, Stuttgart: 10,-; Barbara Möhrle und Elke Kils, beide aus Stuttgart: 16,50 bzw. 100,-; K.Dollmeier-Djafari, Nümburg: 180,-.

Außer Einzelspenden haben sich einige Leser etwas ganz besonderes einfallen lassen, um das nötige „Kleingeld“ einzutreiben, z.B.:  
63,50 vom Verkauf indonesischer Essens; 20,- durch Haarschneiden und 144,70 von einem Flohmarkt — alles in Stuttgart; 70,50 haben Leser in Aachen durch Zeitspenden eingeholt; 64,50 durch eine Verlosung in Remscheid; Kölner Leser haben selbstgemachte Marmelade und Gelee im Wert von 17,- verkauft und außerdem 20,- beim Grillen eingenommen; schließlich haben einflussreiche Leser in Remscheid die NRW-Kommunalwahl dazu „ausgenutzt“, Wahlkampfzettel im Wert von 38,- abzuschließen — und das in nur einer Woche!

Außerdem ist die Redaktion dank



# LESERBRIEFE

## Lebe Genossinnen und Genossen,

Am 27.September haben wir in Stuttgart eine Solidaritätsveranstaltung mit den streikenden Bergarbeitern in England durchgeführt. Es sind ca. 130 Personen erschienen. Ausrichter war der Kreisverband der Jungsozialisten Stuttgart. Es wurden 2.970,- DM gesammelt. In dem Betrag sind 500,- DM von dem Kreisverband der SPD Stuttgart enthalten. Noch einmal 500,- DM kamen von einem Redakteur des STERN. Die Diskussion war recht lebhaft. Immer wieder kam zum Ausdruck, daß internationale Solidarität das allerwichtigste für die Bergarbeiter ist. Ihr Kampf wird bald unser Kampf sein. Und gerade darum ist es unwahrscheinlich wichtig, daß wir gut vorbereitet sind. Alles in allem kann man sagen, daß ein reges Interesse geweckt wurde.

Hoffentlich werden die Kollegen dort nicht aufgeben und sich von der Tory-Regierung unterkriegen lassen. Durch die gute Sammlung haben wir unser selbstgestecktes Ziel, bis Monatsende 5.000,- DM für die Bergarbeiter zu sammeln, weit überschritten.

Klaus de Cruppe, Stuttgart  
Jungsozialist

## Metallerstreik

### Lebe Genossen,

.. Die Arbeiter in meiner Abteilung sind derzeit sowieso nicht besonders gut auf die Gewerkschaft zu sprechen, da in vielen Betrieben der Produktionsausfall durch Langschläfern, Überstunden oder gar Eirführung einer zweiten bzw. dritten Schicht aufgeholt werden muß, und dies auch noch ausdrücklich vom Betriebsrat genehmigt wurde. Ist z.B. eine dritte Schicht erst einmal eingeführt worden, wird es sehr schwer werden, diese auch wieder abzuschaffen, denn die immer teureren Maschinen müssen, um möglichst rentabel zu sein, einen hohen Ausnutzungsgrad erreichen.

Apropos Kampf: Ein weiterer großer Fehler der IG Metall bestand darin, ihre Mitglieder einfach ausperren zu lassen, anstatt vorher alle zum



Streik anzukufen. So stimmten die Belegschaften der Aussperrungsbetriebe mehrheitlich mit „Ja“ für den Leberkompromiß, während ihre Kollegen in den bestreikten Betrieben, die den Streik nicht nur passiv erlebt haben, mehrheitlich mit „Nein“ stimmten.

Viele Kollegen aus den bestreikten Betrieben berichteten auch, daß sich das Zusammengehörigkeitsgefühl ganz neu entwickelt habe und ein neues Bewußtsein der Arbeiter entstanden sei. Ein guter Anfang auf dem Weg zu einer neuen, kämpferischen Arbeitnehmerenschaft.

Der nächste Streik wird zwar mit Sicherheit schwieriger anlaufen, vor allem in den Betrieben, die ausgesperrt waren. Doch wenn es gelingt, einen Streik mit allen Betrieben zu führen, ohne daß einigige Aussperrte zusehen müssen, wäre dies ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen kämpferischen Arbeitnehmerenschaft, wie wir sie in den kommenden Jahren brauchen werden.

Zum Schluß noch ein Tip an die Kollegen, die von Überstunden „bedroht“ sind: Einzelne Abteilungen bei Bosch in Feuerbach konnten Überstunden dadurch verhindern, indem sie geschlossen zum Betriebsratbüro gegangen sind und unter Androhung der Rückgabe ihrer Mitgliedsausweise Druck auf die Betriebsräte ausgeübt haben, welche dann Überstunden verhindert haben.

M. Stark, Stuttgart

## Urlaubsgrüße

### Hallo Genossen!

Herzliche Urlaubsgrüße aus „Marranske Lazne“. Kennt Ihr nicht? Hier mal Marrenbad, als Herr Goethe noch hier badete. Wo das liegt? In der CSSR. Also „sozialistisches Ausland“ wie es hier so schön heißt. Fuhr hier her wegen der Gesundheit, denn hier badete schon der König von England. Aber das ist Vergangenheit. Jetzt badet hier die Werkätigen. Das Hotel ist toll. In gold und weiß der Speisesaal. Weil ich gerade beim Speisesaal bin, da hat mich schon einiges gewundert. Erst geschickt mit Blumenwänden in drei Abteilungen unterteilt. In Abteilung I essen Gäste aus der BRD, aus Österreich, Frankreich,

Kuweit, in Abteilung II essen private Gäste aus dem Ostblock: Russen, Ungarn, DDR. In Abteilung III essen Gäste aus der DDR, die auf Staatskosten kuren. Ihr werdet es nicht glauben, jede Abteilung bekommt anderes Essen. Wer das beste bekommt, brauche ich nicht zu schreiben. Und ich dachte immer, im Sozialismus wären alle arbeitenden Menschen gleich. Ich schäme mich richtig, wenn ich hinter meiner Sahnentorte sitze, und die anderen knabbern an ihrem trockenen Hefeteiglein.

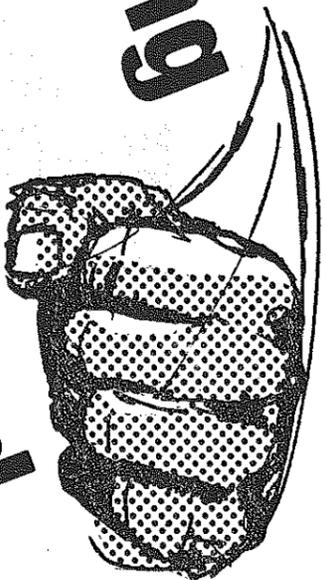
Gibt man der Baderfrau 1 Westmark Trinkgeld, wird man wie ein rohes Ei behandelt. Ohne Trinkgeld ist das Bad bedeutend kürzer. Natürlich gibt es auch Ausnahmen. Unsere Reiseleiterin in Prag weigerte sich energisch, Trinkgeld zu nehmen. Die Russen, die mit uns fuhren, machten es wesentlich geschickter. Sie hatten ein Geschenk für sie.

Die Geschäfte sind nicht gut mit Obst und Gemüse bestückt, aber als wir an der Grenze standen, verließen riesige Lastwagen mit Obst die CSSR. Alles für den „freien Westen“. Da packte mich doch die Wut. Die Sozialleistungen sind hier so gut, daß wir nur davon träumen können. Eine eheliche Mutter bekommt sechs Monate Mutterschaftsurlaub bei vollem Gehalt, eine uneheliche neun Monate. Fräulen gehen mit 58 in Rente, aber jedes Kind nimmt dem Rentenerler ein Jahr, also: mit einem Kind 57, mit 2 Kindern 56, mit 3 Kindern 55 Jahre.

Der Wald hier ist wunderschön, und ich genieße ihn. Wer weiß, was der saure Regen übrigbläßt. Viele Grüße

Dorothea Kirschaum

# Jugendun- Ausbildungs- raus aus Unternehmerhand



Sie spricht allerdings nicht von Schutzbestimmungen, sondern von Hemmnissen. Wenn Du nicht um drei Uhr in der Nacht aufstehen oder am Samstag arbeiten willst, bist Du eben ein Hemmnis für dieses System! Und wag mal, aufzumucken. Draußen gibt es genug, die sich nach Deinem Arbeitsplatz die Finger lecken! Und was soll nach Wilms' Vorstellung mit denen passieren, denen keine Lehrstelle mehr erbetet werden kann? Für sie sollen weitere tausende von Ausbildungsplätzen in Berufsschulen und Bildungseinrichtungen geschaffen werden.

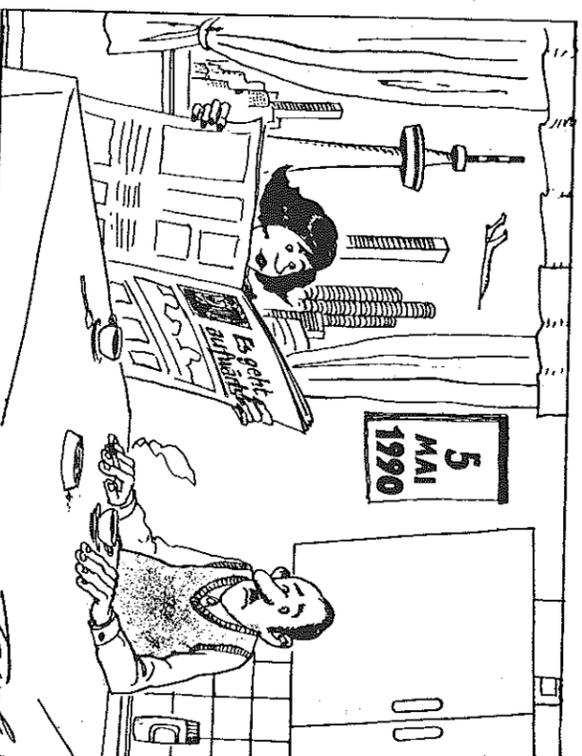
Allem Aufschwungs-Optimismus zum Trotz ist die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr ständig angestiegen. Was nutzen noch so viele geschaffene Ausbildungsplätze, wenn man danach keine Arbeit bekommt? 183.700 Jugendliche unter 20 Jahren waren im September arbeitslos gemeldet. Und wie hoch ist die Dunkelziffer? In der offiziellen Statistik von 1976 waren 85.000 arbeitslose Jugendliche gemeldet. Demgegenüber wurde von einer Forschungsgruppe eine Zahl von 185.000 arbeitslosen Jugendlichen ermittelt. Der DGB nennt heute die Zahl von 1 Million Arbeitsloser unter 25 Jahren!

### Weniger Geld

Fest steht für sie, wie für alle Arbeitslosen und Kurzarbeiter, daß sie durch die Begleitgesetze zum Bundeshaushalt 1984 weniger Geld bekommen. So erhalten beispielsweise diejenigen, die nach ihrer Ausbildung arbeitslos werden, nur noch 50% statt der bisherigen 75% ihres erzielbaren Lohnes. Für 1 Million junge Leute heißt die Zukunftsperspektive also finanzielle Abhängigkeit und Herumhängen.

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit wird sich im Kapitalismus nicht mehr lösen lassen. Wir sollten nicht auf die Versprechungen von Regierung, Unternehmen und Presse vertrauen, daß im nächsten Jahrzehnt mit den geburtsenschwachen Jahrgängen Lehrlinge wieder gesucht würden. In diesem Jahrzehnt gibt es genauso Roboter, Rationalisierungen, Mikroprozessoren. Wenn sich die kapitalistische Marktwirtschaft keine Lehrstellen und Arbeitsplätze mehr leisten kann, können wir uns dieses Wirtschaftssystem nicht mehr leisten!

Astrid Sauer  
Jungsozialistin



Die Industrie richtet dieses Jahr wieder 10000 Lehrstellen neu ein. Vielleicht ist diesmal endlich eine für dich dabei, Pappi!

Karikatur: Hans Traxler

## Programme gegen die Jugendun- Ausbildungs- losigkeit

Um das Problem der Jugendun-  
Ausbildungslosigkeit anzupacken  
fordern wir:

- **Einen garantierten Ausbildungsplatz für alle.** Wir wollen keine Krise ausbaden, die wir nicht verursacht haben.
- **Übernahme aller Auszubildenden** in den erlernten Beruf, denn auch nach Ende der Ausbildung wollen wir nicht auf der Straße stehen. Grundsätzlich muß die **vorhandene Arbeit auf alle aufgeteilt** werden. Das bedeutet: Arbeitszeit verkürzen — natürlich bei vollem Lohnausgleich, denn schließlich produzieren wir mit den neuen Techniken ja auch schneller und billiger.
- **Arbeit oder voller Lohn.** Arbeitslose müssen ihre berufliche oder allgemeine Weiterbildung bei voller Lohnfortzahlung fortsetzen können.
- **Wir wollen nicht nur, daß überhaupt ausgebildet wird, sondern auch eine bessere Qualität.** Deshalb fordern wir:
  - **Mindestlohn von 1.000,- DM während der Lehrzeit.** Denn Azubis sollen nicht als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden können. Außerdem sollen sie nicht den Eltern auf der Tasche liegen müssen, sondern eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit haben.
  - **Ausbildung raus aus Unternehmerhand, stattdessen Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten, die von den Unternehmern finanziert werden.** Diese Ausbildungszentren sollen von den Auszubildenden selbst, den Gewerkschaften und dem Staat geleitet werden, damit eine breit gefächerte, qualifizierte Ausbildung ermöglicht wird.
- **Um diese Forderungen durchzusetzen und zu sichern, müssen sie mit dem Kampf gegen den Kapitalismus selbst verbunden werden.** Denn auf kapitalistischer Grundlage kann es keinen Ausweg mehr geben. Wir kämpfen daher für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Das heißt:
  - **Entscheidung der 200 größten Wirtschaftskonzerne, der Banken und Versicherungen und ihre Überführung in Gemeingut.** Entscheidung nur auf Grundlage erwiesener Bedürftigkeit.

• **Planung der Wirtschaft** nach den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit — nicht nach Profitten.

Aber Verstaatlichung allein reicht nicht. Das zeigt das Beispiel der Ostblockstaaten, wo eine korrupte Bürokraten-Clique diktatorisch herrscht. Wir fordern deshalb auch

• **Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung** in den verstaatlichten Betrieben; die Firmen sollen durch Belegschaft, Gewerkschaften und Staat zu je 1/3 geleitet werden.

• **Jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit** aller Funktionäre; keiner darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn, damit er die Arbeiter vertreten kann und weiß, wovon er spricht.

Diese Forderungen werden aber nicht erfüllt, solange sie nur auf dem Papier stehen. Für ihre Durchsetzung müssen wir kämpfen und uns gewerkschaftlich wie politisch organisieren:

- **Öffnung aller Gewerkschaften für arbeitslose Jugendliche** und Durchführung einer Gewerkschaftskampagne zur Organisierung dieser Jugendlichen.
- **Volles Streikrecht** auch für Azubis.

Kämpfe mit uns in SPD und Gewerkschaften für ein sozialistisches Programm, damit unsere berechtigten Forderungen nicht Wunschtraum bleiben.  
Tim Kuhlmann, Remscheid  
Azubi Bundesbahn



Und Du?

Schon  
gewerkschaftlich  
organisiert?

Unternehmer, Regierung und Presse arbeiten Hand in Hand, wenn es darum geht, das Problem der Jugendun-  
Ausbildungslosigkeit zu vernebeln. Wer erinnert sich nicht an die Lehrstellengarantie, die Bundeskanzler Kohl im vorigen Jahr von sich gab. Und was ist daraus geworden? 200.000 sind nach einer Untersuchung des DGB 1983 ohne Ausbildung geblieben, wenn man alle Bereiche des Bildungswesens mit einschließt.

### Lauwarme Appelle

Dabei war die Regierung doch so entgegenkommend. Solche Appelle beschränken sich nicht auf schöne Worte, sondern sind mit Präzision für die Unternehmer verbunden. Auch die Jugendun-  
Ausbildungslosigkeit - Bestimmungen hat die Regierung gelockert (siehe Artikel Seite 1).

### Lehrstellensuchender berichtet:

Bei manchen Berufen gibt es mehr Bewerber als Ausbildungsplätze. Das kommt vielfach daher, daß Jugendliche oft nicht die Vielzahl der Berufe über-  
sichtigen und daher nur einige bekannte Berufe in die engere Wahl ziehen. Es kann auch daran liegen, daß es in bestimmten Fällen zu wenig Ausbildungsplätze gibt.

Dies ist ein Auszug aus der Broschüre „Mach's richtig“, herausgegeben vom Arbeitsamt für Realschüler. Solche und ähnliche Hefte werden in den neunten Realschul- und in den achten Hauptschulklassen ausgegeben.

Einen Vorgesmack auf das Eignungstest-Einerlei bietet die Broschüre „Welche Erwartungen und Fähigkeiten habe ich?“ (Man zeige mir den, der diesen Selbstschätzungs-  
Idiotentest ernsthaft durcharbeitet). All dies erscheint in der Reihe „Step“, deren Gipfel natürlich „Step Plus“ ist. Die Unentschlossenheit haben die Möglichkeit, einen Einsendebogen nach

### Adrett — aber unauffällig

Mannheim zur Computerauswertung zu schicken. Ich habes es ausprobiert und kann es nur empfehlen: Ein einmaliger Lacherfolg. Dieser Computer hatte die Stirn, mir in einem sechsstufigen Brief Berufe wie Kosmetiker zu empfehlen.

Dies alles soll aber nicht heißen, daß im Material des Arbeitsamtes nicht auch eine Menge nützlicher Information steckt. Nur muß man unterscheiden und auswählen können, so daß bald ein Hauten bündelgedrucktes Glanzpapier in den Mülleimer wandert.

Diesen unterhaltsamen Teil der Berufswahl haben die Schulabgänger 85 schon hinter sich. Sie müssen nun schon Bewerbungen verschicken, Eignungstests bestehen und Vorstellungsgespräche, so gut es geht, routinisiert führen. Viele werden nach kurzer Zeit ihr Zimmer mit Zwischenscheidungen, Einladungen und Absagen tapezieren können. Vorstellungsgespräche sind ein Kapitel für sich. Den allwissenden Broschüren des Arbeitsamtes zufolge sollte man adrett — aber nicht auffällig gekleidet, aufgeschlossen — aber nicht aufgeschlossen, redselig — aber nicht geschwätzig sein. Man soll sich also bis zur Unkenntlichkeit vorstellen und verkleiden, dies auf eine ganz ungezwungene und natürliche Art, versteht sich.

Bald kommt die Ernüchterung, wenn der Jugendliche seinen Traumjob abschreiben und sich anderen Berufspartnern zuwenden muß. Wenn auch das nichts nützt, muß sich der Jugendliche, um einen „Step“ in die Arbeitslosigkeit zu verhindern, nach einer Überbrückung wie dem Berufsförderungsjahr umsehen, das nur der Verschönerung der Arbeitslosenstatistik dient.

Die Schuld am Lehrstellenmangel hat aber natürlich nicht das Arbeitsamt, sondern das kapitalistische Wirtschaftssystem, das damit einmal mehr seinen Bankrott offenbart.

Stefan Fisahn, Stuttgart

Frankreich: „reformsozialistisches“ Experiment mißglückt

# Weder Sozialismus noch Überführung der Wirtschaft in Arbeit

In 3 Jahren kann sich vieles ändern.

Im Sommer '81 waren die Straßen von Paris überfüllt von Arbeitern, die mit Musik und Hochrufen den Sieg der Linken feierten. Heute gehen die Arbeiter wieder auf die Straße, aber diesmal aus Opposition zu Mitterrand.

Nicht die Arbeiter, sondern ihre Führer haben die sozialistischen Ideen aufgegeben. Die französische Linke hatte in ihrem Reformprogramm Verstaatlichungen, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, höhere Löhne und Renten gefordert. Von diesen sozialistischen Forderungen wurde niemand abgeschreckt. Im Gegenteil; große Teile der Mittelklasse und die rückständigen Schichten der Arbeiterklasse wurden von der Begeisterung für den Aufbau einer neuen Gesellschaft mitgerissen. So konnten die linken Parteien eine massive 65%ige Mehrheit bei den Parlamentswahlen gewinnen. Das Programm der SP wurde damals von vielen europäischen Sozialisten als Vorbild betrachtet.

Denn Mitterrand hatte ohne Zögern mit der Einlösung seiner Wahlversprechen begonnen. Es ist bemerkenswert, daß ein noch größerer Teil der Mittelschichten nicht abgeschreckt wurde, sondern im Gegenteil von der Entschlossenheit und dem Selbstvertrauen der Linken angezogen wurde. Die linke Mehrheit gewann noch einmal dazu.

Das war ein harter Schlag für die herrschende Klasse. Die trickreiche Verfassung, die de Gaulle sich ausgedacht hatte, um einen Sieg der Linken zu verhindern, konnte die Arbeiter nicht stoppen. Die kapitalistischen Politiker mobilisierten das ganze Innen zur Verfügung stehende Stimmpotential, aber auch das konnte sie nicht retten.

Die Linke gewann die Präsidentschaftswahlen, die Wahlen zur Nationalversammlung und erhielt die Mehrheit in den meisten Stadträten. Vollständig demoralisiert füllten hunderte von Geschäftsleuten ihre Koffer mit Francs und flohen in die Schweiz. Das war die Gelegenheit, die gesamte Arbeiterklasse und ihre Verbündeten für die friedliche sozialistische Umwandlung zu mobilisieren. Aber die Sozialistische Partei verscherte die Gelegenheit.

Sie versuchte, durch Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems die wirtschaftliche Krise zu beenden, den Lebensstandard der Arbeiter zu heben und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Es ist wahr, daß Gewerkschaften und Arbeiterparteien seit dem zweiten Weltkrieg viele Reformen und soziale Verbesserungen durchgesetzt haben. Genauso wahr ist es, daß die Arbeiter immer noch Verbesserungen durchsetzen können, wenn ihre Kampfkraft mobilisiert wird. Das hat der Kampf um Arbeitszeitverkürzung in Deutschland mit dem Resultat der 38,5 Stundenwoche bewiesen.

## Aufschwung vorbei

Aber die Tage der automatisch ansteigenden Verbesserungen sind für immer vorbei. Das war möglich, als die kapitalistische Wirtschaft blühte. In den achtziger Jahren, der Epoche des kapitalistischen Niedergangs, muß jede in der Vergangenheit erzielte Reform gegen die Angriffe der Unternehmer verteidigt werden.

Sogar im augenblicklichen „Boom“ steigt die Arbeitslosigkeit, und der Lebensstandard

stagniert. Alles, was der Kapitalismus uns jetzt noch anbieten kann, sind Massenarbeitslosigkeit und Kürzungen der Sozialleistungen mit kleinen, schwachen „Booms“ und immer länger werdenden, tiefen Rezessionen. Die Arbeitslosigkeit in Europa wird sich von 17,8 Millionen (10,5%) im Jahre 1983 bis auf 20 Millionen (11,5%) bis 1985 erhöhen.

Wie die Führung der Jusos und des linken SPD-Flügels hielt Mitterrand es für möglich, Frankreich durch staatliche Nachfragerestierung aus der weitweiten wirtschaftlichen Rezession herauszuführen. Eine Finanzpolitik der Staatsverschuldung sollte der Industrie Anreize bieten: Zuerst sollte durch höhere Löhne, Renten und Sozialleistungen mehr Geld in die Taschen der Konsumenten fließen, um die Kaufkraft zu erhöhen. Als zweites sollten die Banken und ein Schlüsselunternehmen in jedem Industriezweig beispielgebend für alle anderen verstaatlicht werden.

## Unaugliche Rezepte

Während die rechte Führung der europäischen sozialistischen Parteien die Logik des Kapitalismus versteht und die Notwendigkeit akzeptiert, die Profite auf Kosten der Arbeiter zu sichern, haben die Führer der linken Flügel dieselbe Illusion in die Politik der staatlichen Nachfrageankurbelung wie ihre französischen Gegenossen vor drei Jahren. Die Frage ist einfach die: Wenn so wirklich die Probleme dieses Systems gelöst werden könnten, warum schlagen es die Kapitalisten dann nicht selber vor?

Diese Wirtschaftspolitik führt zwangsläufig zu steigender Inflation. Die gestiegene Kaufkraft der Arbeiter durch Lohn- und Rentenerhöhungen ließ zwar die Nachfrage 1981 bis 1982 anwachsen, aber die Bosse weigerten sich, zu investieren und die Produktion zu erweitern. So wurde die Nachfrage durch vermehrte Importe befristet. Das wiederum führte zu einem riesigen Haushaltsdefizit.

Durch die hohe Importquote wird das Geld aus dem Land gezogen. Deshalb druckte die Regierung mehr und trieb so die Inflation in die Höhe. Um die Importe zu stoppen, wurde die Franc dreimal abgewertet.

Das trieb die Inflation noch mehr in die Höhe. Sie ist immer noch dreimal höher als in der BRD und macht damit französische Waren auf dem Weltmarkt weniger konkurrenzfähig.



Demonstrierende Bergarbeiter. Enttäuschung breitet sich aus

Die französische Linke wollte die Löhne der Arbeiter erhöhen und die Bosse für diese Reform durch höhere Steuern zahlen lassen. So weit, so gut. Aber sie vergaß, daß Profit die unbezahlte Arbeit der Arbeiterklasse ist.

Wenn man den Anteil derjenigen am Nationaleinkommen vergrößert, die es brauchen — Arbeiter, Alte, Kranke, Arme — kürzt man gleichzeitig den Anteil der Kapitalisten. Und die sind wirklich keine barmherzigen Samarter! Es war naiv zu erwarten, daß die herrschende Klasse den demokratistischen Willen der Mehrheit akzeptieren würde, die Mitterrand ein Mandat für eine sozialistische Veränderung gegeben hatte. Es war naiv zu erwarten, daß sie gegen ihr eigenes Klasseninteresse handeln würde. Genauso utopisch und unverantwortlich war die Erwartung, daß sie ihre Kontrolle über die Wirtschaft nicht nutzen würden, um das sozialistische Experiment einer allmählichen Beseitigung des Kapitalismus zu boykottieren. Weshalb sollte das Kapital auch bei seiner eigenen Vernichtung mithelfen?

Aber anstatt die geldgierigen und demokratischen Machenschaften der Kapitalisten aufzudecken und die Industrie in die Hände derjenigen zu geben, die die Regierung unterstützen — nämlich in die Hände der Arbeiter, Bauern und kleinen Geschäftslente — ist Mitterrand zu Kreuze gekrochen. Die Profitverluste, die durch die Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter verursacht worden waren, wurden vom Staat wieder ausgeglichen. Den Bossen sind hohe Subventionen für die Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte gezahlt worden.

Trotzdem investierten sie nicht Gleich zu Beginn sabotieren die Unternehmer die Pläne der linken Regierung mit einem Kapitalstreik. Die Nationalisierung der Banken ist vorgeschla-

Bere finanzielle Mittel für weitere Investitionsanreize in die Industrie zu geben. Aber wenn man die Industrie nicht besitzt und kontrolliert, kann man auch kein Kapital in sie hineinzwängen.

Die Kapitalisten können nicht zu Investitionen gezwungen werden — das ist der springende Punkt in der „freien Marktwirtschaft“; es sind ihr Geld, ihre Fabriken, ihre Arbeiter und ihre Entscheidungen. Die französischen Reformisten verstehen die Investitionsunwilligkeit der Kapitalisten nicht. Doch warum sollten die Unternehmer investieren, wenn der Markt schon bei 80% Kapazitätsauslastung gesättigt ist?

## Scheideweg

Die Regierung war nun vor die Wahl gestellt: Entweder setzt sie ihr volles Reformprogramm durch, indem sie gegen die Unternehmer kämpft, die Monopole verstaatlicht, unter demokratische Arbeiterkontrolle stellt und einen sozialistischen Produktionsplan entwickelt — oder sie unterwirft sich der Unternehmerdiktatur. Und diesen zweiten Weg wählte Mitterrand.

Der Versuch, einen kleinen Teil der Industrie zu verstaatlichen und so die übrige Wirtschaft zu beeinflussen, ist gescheitert — und die Arbeiter müssen bezahlen. Infolgedessen erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen um 30.000 jeden Monat und wird bald 2,6 Millionen erreichen. Die Hälfte der 57.000 Bergarbeiter wird ihre Arbeit verlieren. Anstatt, wie versprochen, die Kohleförderung um ein Drittel auf 30 Millionen Tonnen bis 1990 zu erhöhen, wird sie auf 10 Millionen Tonnen gesenkt. Ein Viertel der Jobs im Schiffsbau werden verschwinden. In der Textil-, Gummi- und Zeitungsproduktion werden Arbeiter entlassen.

Citroen hat 6.000 Entlassungen angekündigt, Renault 3.500,

gen über die Zerstörung von mehr Arbeitsplätzen. Aber die größte Wende wurde in der Stahlindustrie vollzogen. Unter der Rechtsregierung der letzten zehn Jahre verloren 40.000 Stahlarbeiter alleine in Lothringen ihre Arbeitsplätze. Diese Stahlarbeiter unterstützten daher begeistert Mitterrands Pläne, bis 1990 die Produktion auf 24 Millionen Tonnen zu erhöhen. Dieses Versprechen hielt Mitterrand jedoch nicht. Die Produktion bleibt bei 18 Millionen Tonnen — aber mit 30.000 Arbeitern weniger. Sofort riefen die Stahlarbeiter einen Streik aus und marschierten auf Paris. Ein Generalstreik legte Lothringen völlig lahm, während wütende Arbeiter Barrikaden bauten, die Eisenbahnen blockierten und die Büros der Stahlwerke niederbrannten. Aber das ist erst der Anfang. In allen bedrohten Industrien herrscht große Wut unter den Arbeitern, und sie bereiten Demonstrationen und Streiks vor, um ihre Arbeitsplätze zu retten.

Die Regierung hat ihre Anhänger enttäuscht und die Mittelschichten abgestoßen. Die Wirtschaftspolitik ist heute dieselbe wie die von Kohl, Thatcher und Reagan: Abbau der Staatsverschuldung, Kürzungen, Angriffe auf den Lebensstandard.

## Sparhaushalt

In Frankreich werden nächstes Jahr die Regierungsausgaben um 2% gekürzt, öffentliche Investitionen um 10%, während die Inflation 7% erreicht. Der Etat für Verkehrsinvestitionen wird um 8% gekürzt, der für Bildung um 12,6% und der für Forschung um 4%. Nur bei der Rüstung wird nicht gespart. Und warum sollten Ben Schulen, werden Busfahrer entlassen und mehr Arbeitsplätze vernichtet? Um den Reichen Steuergeschenke von 40 Milliarden Franc zu machen.

Der letzte französische Haushaltsplan vom September spiegelt den Rechtsschwenk der Sozialistischen Partei wieder: Ein brutaler Sparhaushalt, wie er von Thatcher oder Stoltenberg nicht besser hätte erdacht werden können. Er enthält die größte Kürzung im öffentlichen Sektor seit den dreißiger Jahren. Konsenslinien an die großen Unternehmer werden mit Kürzungen in den Sozialleistungen bezahlt. Zusätzlich wird der Reallohn der Arbeiter im öffentlichen Dienst und der Lehrer in diesem Jahr nicht steigen, und Tausende werden ihren Arbeitsplatz verlieren.

Der Haushaltsplan „schenkt“ den Arbeitern eine Senkung der Einkommensteuer — und nimmt ihnen mehr Geld durch eine 25%ige Erhöhung der Telefongebühren und einen Aufschlag von 40 Centimes auf den Liter Benzin. Im Kapitalismus haben die Reformisten nichts als Reformabbau anzubieten.

## Reformismus ohne Reformen

Die Kürzungen der Reallohne bei den Unternehmern sollen angeblich die Inflation eindämmen, haben aber nur den Effekt, die Profite anzuhäufen. „Da die Lohnleitlinie der Regierung in diesem Jahr respektiert worden ist — es gab keine Abschlüsse über 5% [Die Inflation beträgt 7,8%, BK] —, konnten sich die Unternehmergewinne leicht erhö-

# Reformen Verwaltung nötig

Jahr erhöhen die Unternehmer die Investitionen nur um 1%, nach einem Rückgang um 4% im letzten Jahr.

Die Kürzungen der Reallohne und der Staatsausgaben werden die wirtschaftlichen Probleme weiter verschlimmern, denn die Herrschenden stecken in einem unlöslichen Dilemma. Die Streikungen von Staatsausgaben erhöhen zeitweilig die Profite, doch auf Kosten der Verengung des Marktes, und somit untergraben sie auf längere Sicht die Rentabilität. Auf der anderen Seite würden erhöhte Staatsausgaben und eine Anhebung des Lebensstandards der Massen den Anteil der Kapitalisten direkt schmälern. In beiden Fällen gehen die Investitionen, die der Schlüssel zum wirtschaftlichen Aufschwung sind, zurück.

## Reformabbau in Europa

Nicht nur in Frankreich, in jedem Land ist eine Wirtschaftspolitik wie in der Vergangenheit nicht mehr möglich. In der Zeit der weltweiten kapitalistischen Krise besteht nur die Wahl zwischen Massenarbeitslosigkeit, Reformabbau und weiteren Angriffen auf den Lebensstandard, oder einer sozialistisch geplanten Wirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle.

Die Führungen der europäischen sozialistischen Parteien haben sich für's erste entschieden. Daher kommt es, daß in Schweden die regierenden Sozialdemokraten und die Unternehmer gemeinsam Lohnbeschränkungen erzwingen wollen, während die Inflation steigt. In Italien sind die Sozialisten in einer Koalition mit den korrupten Christlichen Demokraten und vernichten Stahlarbeitsplätze, kämpfen gegen die Hafenarbeiter in Genua und wollen die gleiche Lohnskala, die die Reallohne vor der Entwertung durch die Inflation schützt, einschränken. Soares' sozialistische Regierung in Portugal setzt jetzt ein Kürzungsprogramm durch, mit dem die kapitalistischen Parteien geschleift wären.

Das vielleicht schlimmste Beispiel findet man in Spanien. Die dort regierenden Sozialisten haben ihr Wahlprogramm, in dem sie 800.000 neue Arbeitsplätze versprochen hatten, aufgegeben. Stattdessen sollen nun 200.000 verrichtet werden; 10.000 der 36.000 Arbeitsplätze im Stahlbereich werden gestrichen.

Mitterand hat nichts aus dem Schicksal der Schmidt- und Callaghan-Regierungen gelernt. Durch ihre Kürzungspolitik bereiteten sie den Boden für eine rechte Regierung, die nun gestärkt und rücksichtslos die Arbeiterbewegung angreift. Die französische KP ist schon unter den wachsenden Druck von unten gekommen, gegen die Entlassungen und Kürzungen zu stimmen. Mitterand beließ sie lange im Kabinett, um sie als Aufpasser für die kommunistische Gewerkschaft CGT zu benutzen, und um nicht als Alleinschuldiger dazustehen.

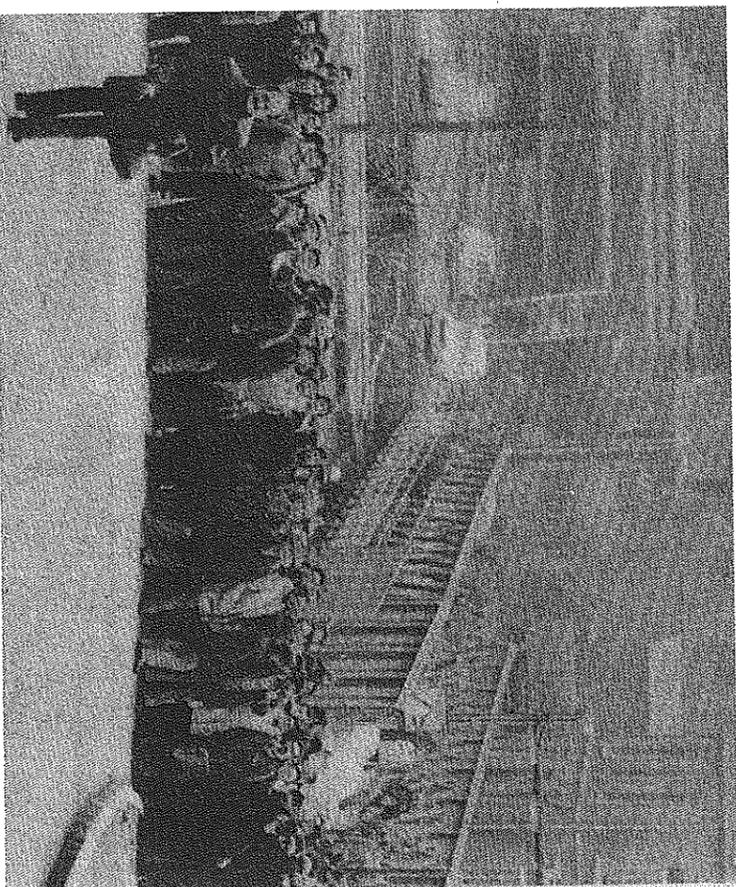
Als Ergebnis ist die Unterstützung für die Kommunisten im Lande von 15% auf 10-12% gefallen; vor zwanzig Jahren hatte sie noch Rückhalt bei einem Viertel der Bevölkerung. Aber dieses Wohlwollen verspielte sie durch eine Mischung aus Opportunismus (die Sozialisten wuchsen, weil ihr Programm linker war als das der KP), blinder Unterwerfung unter die Moskauer stalinistische Bürokratie, Ausschlüsse von kritischen Elementen und Rassismus.

Wenn die KP gegen die Politik von Mitterand eine konsequente Kampagne organisieren würde, wäre sie schnell zum Sammelbecken aller unzufriedenen Arbeiter geworden, die ihre Arbeitsplätze verteidigen. Aber sie hat Angst, eine solche Massenbewegung zu führen, die klar die Machtfrage stellen würde. Wie während des Generalstreiks '68, als die Arbeiter die Macht fast in der Hand hielten, haben die reformistischen KP-Führer Angst vor der sozialistischen Veränderung der Gesellschaft. Sie sagen, sie verteidigen nur die Politik, auf die die Linke sich vor drei Jahren geeinigt hat, Mitterand ging jedoch nach rechts. Aber sie erklären nicht, warum diese Politik fehlschlagen ist.

## Politik der KPF

Die KP-Minister versuchten zynisch und heuchlerisch, sich von der Anti-Arbeiterpolitik der Koalitionsregierung zu distanzieren, aber gleichzeitig ihre Ministerposten zu behalten. Sie marschierten an einem Tag auf Demonstrationen mit den wütenden Stahlarbeitern gegen die Entlassungspläne der Regierung, um ihnen am nächsten Tag im Kabinett zuzustimmen.

Aber Wut und Unruhe an der Basis zwangen die KP-Führung, ihre Ministerposten aufzugeben.



Demonstration gegen die Regierung in Paris

Und das Zentralkomitee ersetzte eine „einstimrige“ Entscheidung, in der Regierung zu bleiben, durch eine „einstimrige“ Entscheidung, sie zu verlassen.

Die Rolle der KP-Führer ist verätherisch gewesen. Zwar hat die rechte SP-Führung ihre Reform aufgegeben, aber sie war dazu nur in der Lage, weil die KP sich weigerte, die aktive Opposition der Arbeiter zu mobilisieren. Durch ihre Rolle als Wächter über die CGT haben die KP-Führer die Stahlarbeiter, Bergarbeiter Automobilarbeiter usw. voneinander isoliert und erfolgreiche Proteste verhindert.

Dadurch konnten die Einzelkämpfe nach und nach niedergeschlagen werden.

Die Niederlagen haben bis zu einem gewissen Ausmaß Teile der Arbeiterklasse geschwächt und demoralisiert. Auf dem politischen Feld hat das zu einer massenhaften Wahlenthaltung geführt. Bei einer Nachwahl im September wurde Giscard d'Estaing aufgrund einer 45%en Wahlenthaltung — hauptsächlich in SP- und KP-Hochburgen — gewählt. Aber die KP und die CGT werden keine andere Wahl haben als — halberzig — die Führung in den bald anstehenden Kämpfen der Metallarbeiter, Renaultarbeiter (dort drohen wiederum 20.000 Entlassungen) usw. zu übernehmen. Wären sie Marxisten, würden sie alle diese industriellen Kämpfe verbinden, und mit einem sozialistischen Programm ihren Kurs zu ändern.

## Umwandlung

Wegen der Unfähigkeit der Führung beider Parteien wird die Linke wahrscheinlich die nächste Wahl verlieren. Die klugen, zynischen Tricks dieser „praktischen, realistischen“ Politiker, die dazu dienen sollen zum Beispiel durch Einkommenssteuer-Ermäßigungen die Unterstützung der Mittelschichten zu gewinnen, und dann sechs Monate vor der Wahl den Arbeitern ein paar Reformchen zuzugestehen, werden niemanden überzeugen. Aber dieses Versagen der Führung wird zu Aufständen an der Basis führen.

In beiden Parteien wird ein Prozeß der Umwandlung stattfinden, wenn die Arbeiterbasis nach einer echten sozialistischen Lösung der Krise sucht und nach einer neuen Führung, die diese entschlossen in die Praxis umsetzt. Die Mitglieder werden sich instinktiv den Ideen zuwenden, die Grundlage beim Aufbau dieser Parteien waren, und das sind die Ideen des Marxismus.

— den kontrolliert noch die herrschende Klasse. Eines Tages werden auch die europäischen Kapitalisten ihre demokratische Maske fallen lassen, und versuchen, diktatorisch zu herrschen. Allerdings nur als letzte Rettung vor einer revolutionären Bewegung.

Das heißt nicht, daß die Kapitalisten ohne weiteres zu diktatorischen Regierungsformen übergehen können. Dies hängt vom Kräfteverhältnis der Klassen ab. Während die herrschende Klasse in den 20er und 30er Jahren relativ schnell die Demokratie fallen ließ, und schließlich sogar faschistische Bewegungen aufbauen, muß sie heute vorsichtig sein. Die Arbeiterklasse bildet heute die überwältigende Mehrheit der Gesellschaft.

Die Mittelschichten — die traditionelle Basis der Reaktion — gingen durch die weitere Industrialisierung, Monopolisierung und Konzentration von Unternehmen und Banken stark zurück. Nur 2% der Bevölkerung Frankreichs sind heute noch Bauern. Die Zahl der Bauern in der BRD sank um 50% von 1,2 Millionen 1960 auf 573.000 1977, und die Gesamtzahl der Selbständigen sank um 1/4 von 3,3 auf 2,4 Millionen. Deswegen gibt es keine Massenbasis für eine große faschistische Bewegung mehr.

## Grenzen der Reaktion

Seit dem Wahlsieg der sozialistischen PASOK 1981 hat es in Griechenland noch keinen ernsthaften Putschversuch gegeben. Auch in Portugal konnte die Reaktion seit der Revolution 1974/75 trotz aller Rückschläge für die Arbeiter nicht zu einer Militärherrschaft zurückkehren. Die spanische Bourgeoisie stoppte Tejeros Putschversuch 1980 nach ein paar Stunden Schieberel im Parlament. In den letzten zwanzig Jahren hat es in Italien eine ganze Reihe Putschvorberreitungen gegeben, die jedoch in letzter Minute abgebrochen wurden. Warum? Weil die Kapitalisten die Stärke der Arbeiterklasse erkennen.

Ein verführter Putsch würde zu einer revolutionären Erwidmung seitens der Arbeiter führen, um ihre demokratischen Rechte zu verteidigen. Die Generale könnten dann nur zu einem blutigen Bürgerkrieg übergehen, dessen Ausgang allerdings sehr ungewiß wäre. Doch trotz aller Kampferweisheit der Arbeiter, die von den Strategen der Bourgeoisie sehr ernst genommen wird, stehen in den nächsten Jahren Niederlagen und Rückschläge an, wenn diese Kämpfe

Solange die Führer der Arbeiterorganisationen utopischen Reformideen nachhängen, werden sich die Kämpfe hinziehen, bis die Gesellschaft vor der unvermeidlichen Alternative steht: entweder blutige Reaktion und Diktatur oder sozialistische Revolution. Das heißt, die Arbeiterklasse wird mit einem Jahrzehnt oder mehr der Angriffe, der Armut und des Elends für die Unfähigkeit ihrer jetzigen Führer bezahlen. Die jungen Aktivisten der Gewerkschaften und Arbeiterparteien sollten jede Gelegenheit dieses langgezogenen Kampfes nutzen, um eine kämpferische marxistische Führung aufzubauen, die allein den Sieg garantieren könnte.

## Lehren

Die Lehre für die SPD ist klar: sie kann eine absolute Mehrheit bei der nächsten Bundestagswahl erhalten; aber nur, wenn sie den Enthusiasmus der Arbeiter und Jugendlichen weckt mit einem Reformprogramm, das wirklich den Lebensstandard erhöht, die Kürzungen rückgängig macht und die Probleme der Arbeitslosigkeit löst. Das bedeutet einen Bruch mit der Politik der Schmidt-Regierung. Ein solches Programm kann nicht eingeführt werden, ohne daß die zu erwartende Wirtschaftsbottage verhindert und das Profitsystem abgeschafft wird. Das ist nur möglich, wenn die Banken und die 200 größten Konzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle verstaatlicht werden. Soll eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Katastrophe wie in der Weimarer Republik verhindert werden, muß dieses Programm ganz durchgesetzt werden — ohne Halbheiten, die letztlich nur dem Unternehmer helfen und für die die Arbeiter bezahlen müssen.

Brent Kennedy, Köln  
SPD—Mitglied

„L'Avance Socialiste“,  
Zeitung der Marxisten in der SP  
Bestellungen an:  
L'AVANCE SOCIALISTE  
BOITE POSTALE No.70  
75662 PARIS Cedex 14.



**Bergarbeiterstreik in England**

# Wichtigster Klassenkampf seit 50 Jahren

**Seit März streiken die britischen Bergarbeiter ohne einen Pfennig Streikgeld — auf 60 DM Sozialhilfe wöchentlich und Solidaritätsspenden angewiesen. Nachdem die Ersparnisse aufgebraucht sind, verkaufen viele ihre Autos, Kühlschränke, usw., um für kurze Zeit etwas Geld zur Verfügung zu haben. Ohne den Einsatz der Bergarbeiter - Frauen, die Unterstützungs-Komitees gebildet, Geld**

## Liverpool

### Sieg über Thatcher-Regierung

Als 1981 in Großbritannien die sogenannten Jugendkrawalle ausbrachen, kam auch Liverpool in die Schlagzeilen. Das Stadtbild dieser erstmals reichen Stadt ist geprägt durch Reihenhäuser, Stürme, verkommene Fabriken, verwüstete Industriegebiete und leere Speicher. Das Bild einer untergehenden Stadt - das wahre Gesicht des britischen Kapitalismus.

## Marxistische Hochburg

Die Liverpooler Labour Party war in den Jahren der Opposition zu einer Hochburg der marxistischen MILITANT-Tendenz geworden. MILITANT festigte die Verankerung in den Gewerkschaften und setzte den entscheidenden Einfluß der Partei auf die Politik der Stadtratsfraktion durch.

Im Mai 1983 gewann Labour die Mehrheit im Stadtrat. In ihrem Wahlprogramm hatten sie versprochen: keine Kürzung der Sozialausgaben, keine Entlassungen, Schaffung von 1000 neuen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, ein umfassendes Wohnungsbauprogramm, keine oder nur sehr geringfügige Erhöhung der Kommunalsteuern, Mitbestimmung der städtischen Arbeiter und Angestellten in allen Gremien der Stadt durch ihre Gewerkschaften.

Die Thatcher-Regierung hatte aber Kürzungen verordnet. Der Labour Stadtrat stand vor der Alternative, entweder 5000 Arbeiter zu entlassen und das ganze Programm der Labour Party aufzugeben oder die kommunalen Steuern und Abgaben um 200% anzuhäufeln! Dies wäre unerträglich gewesen. Im manchen Stadtteilen beträgt die Arbeitslosigkeit 34%; die Bevölkerung hätte weder die Erhöhung der Steuern noch zusätzliche Arbeitslosigkeit verkraften können. Anstatt den reaktionären Forderungen von Frau Thatcher nachzugeben, führte der Labour-Stadtrat die versprochenen Vorhaben durch, legte einen illegalen, unausgelierten Haushalt vor und appellierte an die Bevölkerung, diese Politik zu unterstützen.

Die Partei umringt in London, die Medien, Kommunalpolitiker und „Experten“ im ganzen Land (auch die Kommunistische Par-

**und Lebensmittel gesammelt haben, sowie die Solidarität der restlichen Arbeiterbewegung könnte dieser Arbeitskampf wohl kaum durchgehalten werden.**

Entweder die Bergarbeitergewerkschaft NUM kann die Regierung Thatcher zur Aufgabe ihrer Zerschlagungspläne zwingen, oder es wird Massenarbeitslosigkeit und eine Verelendung der Kohlerevier geben. Geplant ist, die Hälfte aller Arbeitsplätze im Bergbau zu vernichten. Allein in diesem Jahr sollen 25 Zechen geschlossen werden, was den Verlust von 20.000 Arbeitsplätzen zur Folge hätte.

Bei Großbritannien(s) bezeichnet diese Strategie als Wahnsinn. Die Thatcher-Regierung schlug zurück: Sie versuchte, Abgeordnete einzuschüchtern und drohte mit Geld- und Haftstrafen sowie persönlicher Haftbarmerkung der Labour-Ratsmitglieder wegen ihres ungesetzlichen Handelns. Sogar die Auflösung des Stadtrats und die Einsetzung eines Staatskommissars waren im Gespräch.

Doch die Labour Party war standhaft. Sie mobilisierte die Parteimitglieder, die Gewerkschaften, große Teile der Bevölkerung, die Arbeiter im öffentlichen Dienst in Unterstützungskomitees. Höhepunkt war am 29. März ein einträglicher Generalstreik im öffentlichen Dienst und eine Großdemonstration von 50.000 vor dem Rathaus.

### Stadtrat gegen Regierung

Unter dem Titel „Liverpool fights back“ (Liverpool leistet Widerstand) wurde eine Konferenz mit 444 Gewerkschaftsvertretern durchgeführt. Diese mutige Politik führte bei den Kommunalwahlen im Mai dieses Jahres zu weiteren Stimmengewinnen der Liverpooler Labour Party.

Schließlich beugte sich das Kabinett Thatcher der massiven Mobilisierung der Liverpooler Bevölkerung und bewilligte dem Stadtrat im Juli insgesamt 60 Millionen Pfund. Das sind 95% der von Labour verlangten Summe! Natürlich war dieser Sieg zum Teil dem Bergarbeiterstreik zu verdanken. Aber die Liverpooler Genossen wären auch so standhaft geblieben, denn nicht nur der Liverpooler Stadtrat kämpfte gegen Thatcher, sondern die ganze Arbeiterklasse dieser Stadt - vertreten durch ihre Organisationen. Ein Abgeordneter sagte: „Wir haben bloß eine Schlacht gewonnen, der Krieg läuft weiter. Sie werden morgen versuchen, alles zurückzunehmen.“ So wird es zwar im Kapitalismus immer sein. Aber Liverpool hat gezeigt, daß marxistische Kommunalpolitik eine Kampfperspektive bietet.

**Sue Powell, Hamburg  
SPD-Mitglied**

Diese Arbeitsplatzvernichtung findet ausgerechnet in Regionen wie Südwales, Yorkshire und Schottland statt, wo die Arbeitslosenquote unter der Regierung Thatcher auf über 20% gestiegen ist.

Der Streik begann zuerst spontan in den Zechen und Revieren, die als angeblich unprofitabel unmittelbar betroffen waren. Er dehnte sich von der Basis her regional und national aus; die nationale Führung handelt nur entsprechend dem Willen der Basis.

In der Gratschaft Nottinghamshire befinden sich die profitabelsten Zechen; die Bergleute dort verdienen weit überdurchschnittlich. Deshalb — und wegen der rechten regionalen Gewerkschaftsführung dort — waren diese Bergleute nicht ohne weiteres zum Streik zu bewegen.

Doch das Geschrei in den bürgerlichen Medien über diese wenigen Nicht-Streikenden und die angeblich fehlende nationale Urabstimmung ist reine Heuchelei. Eine nationale Delegiertenkonferenz (einschließlich Vertretern

aus Nottingham) hat inzwischen stattgefunden und den Streikbeschluss gefaßt: 85% der Bergleute stehen im Streik — eine eindeutige Abstimmung mit den Fußeni-Sicher, aus taktischen Gründen wäre vielleicht zu Beginn besser eine landesweite Urabstimmung durchgeführt worden, die auch sicher eine Mehrheit ergeben hätte. Doch die Bürgerlichen haben kein Recht, darüber zu moralisieren. Welche Mehrheiten haben z.B. über ihre Entlassungspläne abgestimmt?

Der Streik wird und kann nicht als friedliche Tarifauseinandersetzung gesehen werden. Es ist ein brutaler Kampf um die Existenz von Familien und ganzen Gemeinden. Für bürgerkriegsähnliche Zustände sorgt jedoch die britische Polizei. Streikposten werden grundlos zusammengeschlagen und unter Irgegendwelchen Vorwänden verhaftet. Ein Streikposten braucht nur „Streikbrecher“ zu rufen, um wegen „Nötigung“ o.ä. sofort eingekassiert zu werden.

Der Führer der britischen Bergarbeiter-Gewerkschaft, Arthur Scargill, wurde schon mehrfach verhaftet. Die Polizei errichtet Straßensperren, um fliegende Streikposten zu stoppen, besetzt ganze Dörfer und Städte, verhängt Ausgangssperren, setzt Spitzel und Provokateure bei den Arbeitskampfs wurden fünf Streikposten getötet und mehrere hundert verletzt!

Vielen Leuten, die bisher dachten, die Polizei sei zur Verbrechensbekämpfung und Verkehrsregelung da, wird klar, daß sie als Instrument benutzt wird, um die Interessen der herrschenden Klasse gegen die Arbeiterbewegung durchzusetzen. Inzwischen weitet sich die So-

lidarität aus. Der Gewerkschaftsdachverband TUC und die Labour Party haben auf ihren Jahreskongressen Unterstützung zugesagt — in beiden Organisationen übrigens auf Druck der Basis und gegen den Willen rechter Führer. Auch die Gewerkschaft der Steiger und Vorrbeiter NACODS, hat sich in einer landesweiten Urabstimmung mit 82% für Streik ausgesprochen; wenn er beginnt, muß auch in den von der NUM nicht bestreikten Zechen der Abbau eingestellt werden.

Demgegenüber scheinen die sogenannten „sozialistischen Staaten“ nicht viel von internationaler Solidarität zu halten. Sie liefern weiterhin Kohle nach England und leisten damit skrupellos Streikbrecherarbeit.

Die Bergarbeiter sind entschlossen, diesen Streik wenn nötig bis zum Winter fortzusetzen. Wenn der Kohleerbruch im Herbst wieder ansteigt und jetzt noch bestehende Halden schneller abgebaut werden, ist die Position der Gewerkschaft noch günstiger. Thatcher hätte dann nur noch die Alternative, Militär einzusetzen. Doch die Antwort darauf könnte ein Generalstreik sein. Dann wäre die Lage für die Regierung mehr als unangenehm; denn ein Generalstreik stellt auch immer eine revolutionäre Situation dar, in der die Macht praktisch „auf der Straße“ liegt.

Mit tatkräftiger Unterstützung der Gewerkschaften und der Labour Party haben die Bergarbeiter gute Chancen, den Streik in einen Sieg für die ganze Arbeiterklasse zu verwandeln und damit den Rücktritt der Thatcher-Regierung zu veranlassen.

**Ulf Petersen, Bremerhaven  
Jungsozialist**



### „Wir können den Sieg schon riechen“

**Gary Ironmonger und Philip White, zwei Bergarbeiter, haben gerade eine Tour durch die BRD gemacht, um Spenden zu sammeln und auf Veranstaltungen über den Streik zu berichten. Gary Ironmonger gab VORAN dieses Interview.**

**Aus welcher Gegend kommtst Du?**

Ich komme aus Yorkshire und arbeite in der Zeche Cottonwood. In unserer Zeche brach der Streik im März zuerst aus.

**Wie ist es dann zu einem nationalen Streik gekommen?**

Als die staatliche Kohlebehörde NCB die Schließung unserer Zeche bekanntgab, waren wir wütend, weil sie bis zu dieser Bekanntmachung eine Menge Geld reinvestiert hat. Einen neuen Schacht zu öffnen ist ein Millionenprojekt, und kurz vor der Eröffnung sagen sie uns, wir wären unrentabel. Wir traten sofort in den Streik. Die Kumpels aus Wales und Schottland sind uns gefolgt. Von diesen Revieren aus haben wir fliegende Streikposten

zu anderen Zechen geschickt, um die Bergarbeiter dort zu überzeugen, sich uns anzuschließen. Das Ergebnis war, daß über 85% aller Bergleute in den Streik traten. Und heute sieht es nicht anders aus. Unser Streik ist fest — egal, was für Lügen Ihr in den Zeitungen lest.

**Du bist 22 Jahre alt. Welche Rolle haben die jungen Bergarbeiter gespielt?**

Wir haben am meisten zu verlieren. Aber weil wir jung und zum großen Teil ohne Familie sind, können wir am besten kämpfen. Die fliegenden Streikposten sind wir.

**Was hast Du vom Streik gelernt?**

Wir haben ganz klar gesehen, wofür der Staat da ist. Der Staat — durch die Polizei und die Richter — hat uns verboten, mit anderen Bergleuten zu reden. Sie haben Straßensperren eingerichtet; jedes Auto wird angehalten und durchsucht. Einmal hat die Polizei einen Dorfparler angehalten und gefißt unter dem Verdacht, er sei Bergarbeiter... Die

Medien haben uns beschimpft und Lügen verbreitet. Wir wurden als „innerer Feind“ dargestellt. Eins ist uns klar geworden: der Arbeiter kann sich nur auf seine eigene Stärke verlassen.

**Wer unterstützt Euch?**

Von den Gewerkschaften haben wir viel Solidarität erhalten, besonders von den Wertarbeitern und den Eisenbahnern. Die beste Solidarität kam aber von einfachen Arbeitern und Arbeitern — nicht nur aus Kohlerevierern, sondern auch aus London, Manchester, usw. Sie haben uns Geld und Essen gespendet, obwohl es ihnen auch nicht so gut geht. Jeder scheint instinktiv zu wissen, warum dieser Streik wichtig ist.

**Wie geht es weiter?**

Es gibt kein Zurück jetzt. Wir sind zu weit gekommen, das sagen alle. Der Winter ist in diesem Jahr unser Freund. Die Kräfte werden in der Mitte Oktober keine Moral mehr haben. Die Kampf-moral ist gut. Wir können den Sieg schon riechen.

## Lehrerbeitslosigkeit

# 681 DM monatlich und Schwarzarbeit

**10 000 Lehrer stehen bereits heute in NRW auf der Straße, 50 000 sind es bundesweit. Dem stehen große Klassen gegenüber, Unterricht fällt teilweise aus, Lehrer machen Überstunden, indem sie Kranke Kollegen vertreten oder zusätzlich Schwangerschafts-, Vertretungen übernehmen, und an den Nachmittagen Förderunterricht erteilen, um die Defizite des „normalen“ Unterrichts zu überdecken.**

Für nach der Referendarzeit arbeitslose Lehrer bedeutet dies andererseits Verzicht auf eine sinnvolle Tätigkeit und ein Leben am Rande des Existenzminimums, denn während unserer Ausbildung waren wir beamtet, so daß wir kein Arbeitslosgeld erhalten.

Bei der Berechnung der Arbeitsloshilfe für Lehrer wird

zunächst das Einstiegsgehalt des zukünftigen Lehrers zugrunde gelegt; davon gehen dann 50% als Annäherung an das Referendargehalt ab; davon werden dann 56% berechnet - das macht schließlich die sagenhafte Summe von DM 681,- monatlich aus, womit man gerade Strom, Miete und andere laufende Kosten decken kann. Das Arbeitsamt zahlt die Kosten für die Krankenkasse und stiftet die Lehrer in die Rentenversicherung ein. Nun kann man zusätzliche Leistungen des Sozialamts beanspruchen, da die besagte Summe unter dem Sozialhilfessatz liegt, sowie Wohnungsbearbeitungen. Dazu muß man sich vorher durch einen Wust von Papierkram wühlen und bei der Beantragung der Fragen ständig auf der Hut sein, denn alle geltend gemachten Unkosten werden da zusätzlich auf die Arbeitsloshilfe angerechnet. Alles in allem kostet ein arbeitsloser Lehrer dem Staat DM 17 000,- jährlich.

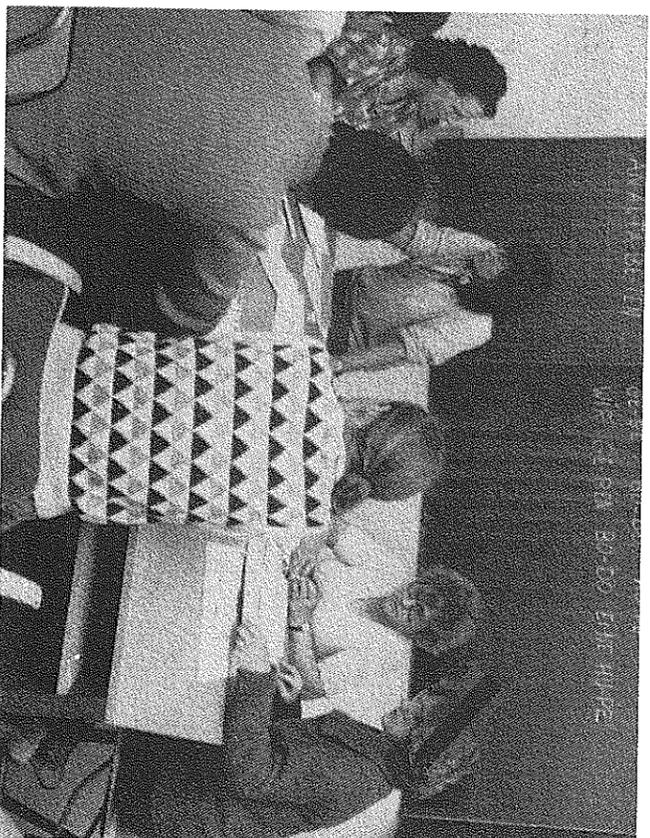
Für einen arbeitslosen Lehrer bietet sich nur die Möglichkeit der Schwarzarbeit durch Nachhilfe oder andere Nebenjobs, da man alles, was man über DM 15,- monatlich verdient, dem Arbeits-

**In vielen Bereichen fehlen noch Lehrer: In den Schulen ebenso wie in der Erwachsenenbildung**

amt melden muß; die ziehen dann wieder 50% des Erarbeiteten ab. Es ist auch nicht möglich, in Jobs auszuweichen, die einigermaßen einträglich wären, beispielsweise an der VHS, an Abendschulen und so weiter, denn dort arbeiten bereits berufstätige Kollegen, vorzugsweise Studiendirektoren und ähnliche sonore Herren, die dort ihren Drittwagen finanzieren oder einfach gute Kontakte pflegen.

### Sozialhilfe

Besondere Mißstände werden deutlich, wenn man als arbeitsloser Lehrer Sozialhilfe bezieht; denn dann kann man zu Arbeiten herangezogen werden, die im allgemeinen Interesse liegen. So wird aus meinem Bekanntenkreis ein Sportlehrer verpflichtet, Sportunterricht zu erteilen — für einen Stundenlohn von DM



1,50. So kann man Unterrichtslocher stopfen, ohne einen qualifizierten Kollegen direkt und für einen angemessenen Lohn einzustellen.

Einer anderen Kollegin ist es bei der Arbeitsvermittlung passiert, daß ihr als Umschulungsmäßnahme der Beruf der Krankenschwester angeboten wurde. Allerdings nehmen die Schwesternschaften auf direktem Weg keine interessierten Frauen mehr zur Ausbildung auf, weil angeblich die Kapazitäten erschöpft sind.

Arbeitslose Lehrer organisieren sich in Arbeitsloseninitiativen, um auf solche und andere Mißstände aufmerksam zu machen. So geschehen zum Beispiel auch bei der Vergabe von raren Stellen seltsame Dinge. Das Vitamin B (Beziehungen) soll dort eine entscheidende Rolle spielen. . . Die Arbeitslosen kämpfen von solchen Initiativen aus um ihre Zukunft und versuchen, öffentlichen/politischen Druck zu machen und zumindest durch die Errichtung pädagogischer Zentren ABM-Stellen zu schaffen. Dies ist allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Gefordert werden muß:

—die Errichtung kleinerer Klassen zur Schaffung von Arbeitsverhältnissen für die Lehrer und zur besseren Förderung jedes einzelnen Schülers

—die Einstellung sämtlicher Lehrer durch den Staat

—massive Erhöhung der Bildungsausgaben und bessere Bedingungen im Bildungsbereich.

**Von einer arbeitslosen Lehrerin im Ruhrgebiet**

### Erfahrungsbericht:

## Umschulung — Eine trügerische Hoffnung

Vor kurzem habe ich meine Umschulung beendet. Jetzt kriege ich trotzdem keine Arbeit. Während der Umschulung habe ich 2200 DM gekriegt, jetzt bezahlt mir das Arbeitsamt 260 DM in der Woche, das sind fast 900 DM weniger. Und jetzt überleg mal, was allein die Bewerbungen kosten! Fünftzig habe ich mindestens schon geschrieben. Das bedeutet Fotokopien, Beglaubigungen, Lichtbilder, oft bis zu 40 Kilometer fahren, um sich vorzustellen.

In meinem alten Beruf als Baustoffprüfer konnte ich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten. Eigentlich wollte ich ja im Baubereich bleiben, aber das Arbeitsamt hat gesagt: Mach Elektronik, das hat Zukunft. Na, jedenfalls nicht für mich. Die Firmen, bei denen ich nicht beworben habe, wollen alle Dreißigjährige mit zwanzig Jahren Berufserfahrung, und wenn's geht, umsonst.

### Schwarzarbeit

Dafür habe ich mich zwei Jahre fast kaputtgemacht, die Familie ist durch den ganzen Stress fast zerbrochen. Eigentlich könnte ich ja jetzt Sozialhilfe beantragen. Aber soll ich mir von denen das alles anhören, z.B. ob nicht andere Familienmitglieder für mich sorgen können? So tief bin ich jetzt unten.

Mir bleibt gar nichts anderes übrig, als schwarz zu arbeiten. Alle Schlupfen über Schwarzarbeiter. Aber 2/3 machen das, weil ihnen echt nichts anderes übrig bleibt.

### Kommunalwahlen NRW

## Die Rechte verliert — Warum gewinnt SPD nicht?

Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen war eine eindeutige Schlappe für CDU und FDP. Die CDU verlor 4% der Stimmen, wodurch die SPD landesweit bei Kommunalwahlen zum ersten Mal seit 20 Jahren vor der CDU lag. Die FDP fiel im Landesdurchschnitt von 6,5% auf 4,8% - eine weitere Station ihres Verschwindens aus der Parteienlandschaft. VORAN sagt: „Mit zunehmender Polarisierung der Gesellschaft und des politischen Lebens - wie es im Gefolge

der kommenden wirtschaftlichen und politischen Krisen unvermeidlich ist - wird die FDP zwischen den Fronten zerrieben werden und in Zukunft in Bedeutungslosigkeit verfallen.“ (Nr. 46) Am interessantesten ist wohl das gute Abschneiden der Grünen mit landesweit 8,6% im Durchschnitt. Darin sehen viele einen weiteren Eckstein im unaufhaltsamen Aufstieg der Grünen. Doch woher kommt der Zulauf zu den Grünen? Sie sind eine vorwiegend linke Protestpartei und sammeln viele Stimmen von unzufriedenen SPD-Wählern:

### Internationale Reaktionen auf den Metallstreik

Wohlstand = BRD = Keine Streiks — diese Gleichung geht längst nicht mehr auf. Die Kollegen in anderen Ländern konnten sehen, daß die BRD keine Insel der Stabilität mehr ist, wo Arbeiter und Kapitalisten friedlich nebeneinander leben. Hier herrscht die kapitalistische Wirtschaftskrise ebenso wie in ihrem Land. So waren die Streiks von IG Metall und IG Druck zur Arbeitszeitverkürzung ein Ansporn für Gewerkschafter in anderen Ländern, dem Beispiel zu folgen.

**Griechenland:** Kollege D.Voulis, Mitglied der griechischen Gewerkschaft EVA erklärt: „Während unserer Gewerkschaftswahlen war das Thema Arbeitszeitverkürzung sehr wichtig. Später, während der Tarifverhandlungen, gab es es einen vierstündigen Streik, weil im Angebot der Unternehmer nichts davon drinstand. Durch die Kämpfe in der Bundesrepublik ist diese Forderung bei den Arbeitern wieder sehr populär geworden.“

worden, und wir müssen unsere Führer immer wieder daran erinnern, daß wir in unserem Kampf gegen Arbeitslosigkeit auf Arbeitszeitverkürzung nicht verzichten können.“

**Großbritannien und Irland:** Presseartikel redeten davon, daß die „englische Krankheit“ jetzt auch die Bundesrepublik erreicht habe.

**Frankreich:** Die beiden großen Gewerkschaften CGT und CFDT nehmen die Forderung nach der 35-Stunden-Woche wieder auf. Streikende Citroen - Arbeiter schicken eine Solidaritätserklärung an die deutschen Kollegen.

**Österreich:** Der sozialdemokratische Sozialminister forderte: Die 35 Stundenwoche muß auf einen Schlag in Österreich eingeführt werden.

**Belgien:** Der belgische Gewerkschaftsdachverband rief zu einem vierstündigen Solidaritätstreik für die Kollegen der IG Druck und der IG Metall auf.

Astrid Sauer, Köln

besonders von Jugendlichen, die früher zu zwei Dritteln SPD wählten. Dabei profitieren die Grünen vor allem von der schlaffen Opposition der SPD in Bonn und dem forschen Auftreten ihrer Fraktion im Bundestag. Doch die SPD besteht nicht nur aus Vogel, Glotz und sonstigen Krisenverwaltern. Die Unzufriedenheit in der Partei und bei der gewerkschaftlichen Basis der SPD wächst in Anbetracht der Konzeptlosigkeit der Führung zu brennenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Unter wachsendem Druck der Basis wird sich die SPD in den nächsten Jahren der Opposition nach links entwickeln. Politiker wie Lafontaine, Eppier oder Klose werden an die Spitze kommen. Das Programm dieser SPD-Linien unterscheidet sich kaum von dem der Grünen, so daß viele grüne Wähler, ja sogar Mitglieder, wieder zu einer so veränderten SPD zurückkehren werden.

Für die SPD, besonders den linken Flügel, kann die Konsequenz aus den letzten Wahlergebnissen nur heißen: die Grünen werden ihr so lange Wähler und Anhänger entziehen, wie sich die SPD nicht zu einem konsequenten Reformprogramm und einer offensiven Strategie durchringen kann.

Doch auch das allein genügt nicht. Denn in der Krise des Kapitalismus sind Reformen nur dann abzuschließen und durchzusetzen, wenn die Wirtschaft in Gemeingutem überführt und demokratisch kontrolliert wird.

Für eine solche sozialistische Umwälzung der Gesellschaft die weder Grüne noch SPD-Linien vertreten - müssen die Marxisten in SPD und Gewerkschaften um Unterstützung werben.

# VORAN

## Tarifrunde öffentlicher Dienst

# Lohnzuwachs und kürzere Arbeitszeit

**Während des Arbeitskampfes der Drucker und Metaller konnte jeder sehen, auf welcher Seite die Bundesregierung steht. Nämlich nicht auf Seiten der Kolleginnen und Kollegen, sondern 100% auf Seiten des Kapitals. Jetzt, wo der Arbeitskampf im öffentlichen Dienst bevorsteht, hat sich die arbeitnehmerfeindliche Haltung der Regierung um keinen Millimeter geändert.**



Die Nullrunde muß weggefegt werden!

**Druckerstreik-Nachlese**

# „Die Kollegen sind selbstbewußter“

**Interview mit Walter Epple, Betriebsrat bei der Firma Südrulle, einem Teilbetrieb des Druckertums Stuttgart**

**Wie lief der Streik im Nachhinein betrachtet?**  
Wider Erwarten gut. Bei der Südrulle hatten wir anfangs Sorge, ob etwas zu bewegen ist. Gott sei Dank waren aber einige Leute da, die aktiv mitgearbeitet haben. Am 12. April versuchten wir, in der Nachtschicht einen Warnstreik zu organisieren. Eine Maschine stand dann auch. Immerhin legten sechs Leute die Arbeit nieder.

Die nächste Aktion war am zweiten Mai. Es wurde zum besten Streik mit Urabstimmung aufgerufen. Diesem Aufruf sind erstaunlich Viele gefolgt. Wir hatten nicht erwartet, daß sich so viele beteiligen würden. In der Nacht vom zweiten auf den dritten Mai wurden drei Streikposten angefahren. Die IG Druck hat dazu ein Flugblatt herausgegeben, was für mich fatale Folgen hatte. Die Geschäftsführung warf mir vor, ich hätte mir den Inhalt des Flugblattes zueigen gemacht, um die Geschäftslieferung in üblicher Art zu belästigen. Das wurde zum Anlaß genommen, mir die Kündigung anzudrohen. Diese Kündigungandrohung hatte dann unsere Belegschaft und acht andere Kollegen mobilisiert.

**Wie hat sich der Streik ausgewirkt? Was hat sich im Betrieb dadurch verändert?**

Es gab sicherlich eine Bewußtseinsveränderung in der Belegschaft, und zwar bei denen, die beim Streik bis zum letzten Tage dabei waren. Viele haben vorher nicht geglaubt, daß unsere Geschäftsführung so gegen ihre geschätzten Mitarbeiter vorgehen würde. Der Streik hat außerdem dazu beigetragen, daß sich die Leute besser kennengeleert haben. Es war bisher wegen des 2- bzw. 3-Schichtbetriebs unter der Woche nicht möglich, sich einfach mal so zusammenzusetzen. Der Streik hat dazu geführt, daß sich im Kreis der Streikenden nun auch der eine um die Sorgen des anderen kümmert.

**Wie ist das Klima im Betrieb?**

Die Kollegen sind selbstbewußter geworden. Nach dem Streik hat es von seiten der Schichtführer und Abteilungsleiter sofort Versuche gegeben, wieder mehr Druck auszuüben. Aber die Wirkung ist verpufft. Die Kollegen gehen hin und geben auch mal kontra. Und weil jeder aufpaßt, was um ihn herum abläuft und was mit seinen Kollegen passiert, kann den Herrn da oben besser entgegengetreten werden. Das war früher nicht so der Fall. Insofern war der Streik für die Kollegen bei Südrulle ein Schlüsselereignis.

**Wie siehst Du das Ergebnis?**

Das Ergebnis steht in keinem Verhältnis zum Aufwand. Jeder, der im Streik stand, hat noch mit finanziellen Verlusten zu kämpfen. Deshalb war mancher verbittert über das Ergebnis. Der Abschluß hat deshalb die Gefahr mit sich gebracht, daß beim nächsten Arbeitskampf sehr viel getan werden muß, um Leute dazu zu bringen, wieder mitzumachen. Das macht uns große Sorgen.

Bei uns wird es aber auch positive Auswirkungen geben durch die neue Lohnstruktur. Das macht sich bemerkbar bei der tariflichen Jahresleistung. Da wird es im Facharbeiter- und Hilfsarbeiterbereich 10-20% mehr geben.

**Wie sieht es aus bei der Arbeitszeitverkürzung?**

Die Arbeitszeitverkürzung, die wir jetzt tariflich durchgesetzt haben, wird wohl darauf hinauslaufen, daß die Zeit zusammengefaßt wird in freie Tage. Nach Tarifvertrag ist vorgesehen, Arbeitszeitpläne für 3 Monate, ein halbes oder ein ganzes Jahr auszuarbeiten. Meine Vorstellung ist, daß die freien Tage im Voraus genau festgelegt werden. In keinem Fall sollten sie einfach an den Urlaub rangehängt werden. Wir haben jetzt 33 Urlaubstage. Wenn wir einfach den Urlaub verlängern, führt das dazu, daß die

setzt würde. Doch unsere Hoffnungen wurden durch die Führungsgremien der ÖTV enttäuscht. Statt 35-Stunden-Woche werden 10 Tage mehr Freizeit im Jahr (= umgerechnet 38,5 Stunden pro Woche) sowie eine unzureichende 5%ige Lohnhöhung gefordert.

Damit hat die ÖTV im Bereich der Arbeitszeitverkürzung zur Forderung erhoben, was in der Metallbranche erst als Schlichtungs-Kompromiß herauskam — und schon damit waren viele Aktivisten mehr als unzufrieden. (Die DAG muß natürlich wieder ganz aus der Reihe tanzen: sie fordert 4,5% und Vorruhestand.)

# ÖTV

Sicher, für die ÖTV allein ist die Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung schwer. Doch warum wurde bei der letzten Tarifrunde ein Vertrag über 18 Monate Laufzeit abgeschlossen, zu dem mit mageren Lohnzuwächsen? Dadurch ist die ÖTV jetzt später dran als IG Druck und IG Metall, und die Kompromiß vom Vorjahr wurde damals selbst von der Großen Tarifkommission zunächst abgelehnt. Erst nachdem sich der Vorstand die Kommissionsmitglieder in Einzelgesprächen vorgeknöpft und sie so „überzeugt“ hatte, konnte das Ergebnis bei einer erneut anberaumten Sitzung durchgepaukt werden.

Schichtführer Druck machen, sich einen Teil des Urlaubs auszahlen zu lassen. In keinem Fall darf uns aber die Arbeitszeitverkürzung abgekauft werden.

**Welchen Effekt wird die Arbeitszeitverkürzung auf Neueinstellungen bzw. Erhalt der Arbeitsplätze haben?**

Wenn, dann nur in ganz kleinem Maß. Und es kommt auch darauf an, ob wir es schaffen, in gewissem Rhythmus eine ganze Schicht ausstellen zu lassen durch Einführung eines verlängerten Wochenendes. Das könnte zu Neueinstellungen zwingen.

**Was hätte in der ganzen Tarifrunde besser laufen können?**

Man hätte besser koordinieren müssen zwischen einzelnen Ge-

Diese Ereignisse zeigen die wachsende Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft

Eine solche Kompromißlose Haltung ist in dieser Tarifrunde auch bei der Führung nötig. Eine Nullrunde muß unbedingt abgewehrt werden. Sie ist nach den Lohnopfern der vergangenen Jahre für die Bediensteten unzumutbar und könnte darüber hinaus auch zum Signal für die privaten Arbeitgeber werden — eine Art Lohnleitlinie durch die Hintertür.

Vor allem muß verhindert werden, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen die in der Privatwirtschaft ausgespielt werden. Wie jedes Jahr zur Tarifrunde werden auch diesmal die angeblich so zahlreichen Privilegien der Beamtenschaft wieder hochgespielt werden. Die ÖTV sollte in einer massiven öffentlichen Kampagne klarmachen, daß die Masse der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten nicht besser gestellt ist als die Beschäftigten in der Privatwirtschaft.

**Solidarität gefragt**

Bei der Post wird bereits darüber nachgedacht, Beamte gegebenenfalls als Streikbrecher einzusetzen. Kein Beamter sollte sich dazu hergeben! Auch hier muß die Gewerkschaft Aufklärungs- und Unterstützungsarbeit leisten. Das zeigt auch, wie wichtig und richtig die Forderungen nach dem Streikrecht für Beamte und überhaupt einem einheitlichen Dienstrecht sind.

Diese Tarifrunde muß entschlossen und nötigenfalls auch mit Streiksführung werden. Damit kann auch der Rechtsregler ein Dämpfer im Streben nach Abbau des Lebensstandards verlagert werden. Für eine erfolgreiche Auseinandersetzung kommt es aber auf die Solidarität der anderen Gewerkschaften an. Zwar hat der DGB verlaun lassen, alle stünden hinter der ÖTV. Doch waren die konkreten Maßnahmen schon bei den Metallern und Druckern nicht so berührt. Statt über die Teilnahme an „Kamingesprächen“ beim Unternehmer-Kanzler Kohl nachzuwirken, sollte man im DGB lieber wirkungsvolle Solidaritätsaktionen planen.

Jakob Meindorf, Köln

ÖTV-Mitglied

## ABONNIERT VORAN

**Ich möchte VORAN abonnieren...** und

habe 9,60 DM auf das Postcheckkonto VORAN zur sozialenistischen Demokratie, Nr. 2500 59-430, PechA Essen überwiesen (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung erfolgt ab Nr. 73 nach Zahlungseingang.

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Name:

Anschrift: